

Plenardebatten

Montag, 16. Jänner 2006 - Straßburg

Strategien zur Verhinderung des Handels mit Frauen und Kindern, die durch sexuelle Ausbeutung gefährdet sind

Christa Prets (PSE), Berichterstatterin. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Frauen- und Menschenhandel ist – vergleicht man ihn mit Statistiken und den Anforderungen im Tierhandel – ein Tabuthema. Der Mensch scheint im Vergleich zu den Tieren nicht so wertvoll zu sein. Dabei steigt die Anzahl der Frauen und Kinder, die jährlich gehandelt werden, enorm. Es gibt keine fixen Statistiken und Zahlen, die Schätzungen schwanken zwischen 800 000 und 3-4 Millionen Frauen und Kinder pro Jahr. Das ist eine Zahl, die uns wachrütteln und uns klarmachen müsste, dass Maßnahmen notwendig sind.

Die organisierte Kriminalität ist im Steigen begriffen, Händlerringe werden in ihren Techniken und Routen immer flexibler. Die Nachfrage steigt. Der Markt boomt. Frauenhandel ist ein Verbrechen und eine moderne Form der Sklaverei. Für sie sind eine verstärkte strafrechtliche Ermittlung und Verfolgung, Betreuung und Unterstützung von Opfern sowie Präventivmaßnahmen notwendig. Wir brauchen ein ganzheitliches, integriertes und interdisziplinäres Vorgehen auf EU- und internationaler Ebene. Ganzheitlich, weil beim Kampf gegen den Menschenhandel das Dreiecksverhältnis von Opfer, Kunde und Händler beleuchtet werden muss. Dabei dürfen auch die Schlepper, Zuhälter, Mittelsmänner und alle einschlägigen Einrichtungen sowie diejenigen, die davon profitieren, auf keinen Fall vergessen werden.

Oberstes Ziel muss es sein, die vordergründigsten Faktoren wie Feminisierung der Armut, die hohe Arbeitslosenrate, das Wohlstandsgefälle und das hohe Gewaltpotential einzudämmen. Daher stehen in diesem Bericht konkrete Forderungen, wie z. B.: Die Prävention und die Maßnahmen gegen den Menschenhandel müssen auf EU-Ebene im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik, -Entwicklungspolitik, -Außenpolitik und vielen anderen möglichen, horizontalen Politikbereichen eingesetzt werden. Auch die EU-Förderpolitik muss sich verstärkt auf die Reduzierung der Armut und somit indirekt auf den Menschenhandel konzentrieren. Es gilt aber auch, die Förderpolitik der Weltbank und anderer großer Institutionen zu analysieren und zu prüfen, ob die Gelder auch wirklich diejenigen erreichen, die sie brauchen, und ob sie nicht das Gegenteil bewirken. Denn wir wissen, dass die internationale Entwicklungspolitik nicht immer die Armut verringert, sondern sogar dazu beitragen kann, dass gefährdete Gruppen weiter marginalisiert werden.

Eine große Lücke ist das Fehlen einer Datenbank. Wir brauchen daher ein einheitliches Datenerfassungssystem, das von der Europäischen Kommission gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen ausgearbeitet werden soll. Nur mit gleichen Vorgehensweisen bei der Befragung kommen wir auch zu gleichen Resultaten.

Wir brauchen Informationskampagnen in den Ursprungs- und Transitländern. Ein *Anti-trafficking Day* pro Jahr mit einem Logo, das sichtbar macht, wie groß die Probleme sind, wäre ebenfalls notwendig.

Die Europäische Union, das heißt die Mitgliedstaaten, sollten folgende Maßnahmen setzen: Ausbildungsoffensiven – besonders im Umgang mit Opfern – in den vorhandenen Strukturen wie Polizeischulen, Sozialakademien, bei den juristischen Ausbildungen und dergleichen mehr. Und verstärkte Kooperation mit NRO und der Exeku-

tive. Dafür brauchen wir auch eine finanzielle und personelle Ausstattung von Strafverfolgungsbehörden sowie von Beratungsstellen für Frauenhandel.

Es müssen nationale und internationale Telefon-*Helplines* eingerichtet werden, die über nationales und lokales Fernsehen öffentlich gemacht werden sollen. Auch die bestehenden Visa-Praktiken sind zu überprüfen ebenso wie die diplomatischen Netze, in denen so manches vorkommt. Besonders dringend fordern wir eine Aufenthaltsgenehmigung für die Opfer – nicht nur während, sondern auch nach Abschluss eines Prozesses. Die Aussage eines Opfers kann nämlich erheblich dazu beitragen, die Täter zu identifizieren. Wir wissen, dass viele aus Angst vor der Schande und auch aus Angst davor, abgeschoben zu werden, nicht bereit sind, auszusagen. Hier müssen wir umdenken. Außerdem wäre es notwendig, anonyme Aussagen von Opfern und auch von Freiern zu akzeptieren, um den Tätern auf die Spur zu kommen.

Auf der Nachfrageseite müssen Sensibilisierungsaktionen gestartet werden, um das Bewusstsein dafür zu wecken, um welche katastrophale Auswüchse es sich hier handelt. Ich würde mir auch anonyme *Hotlines* für Freier wünschen, damit sie mehr aussagen. Ich bin aber gegen eine generelle Kriminalisierung der Freier, und es war mir in diesem Bericht ein großes Anliegen, die Frage der nationalen Gesetzgebungen bezüglich Prostitution nicht in den Mittelpunkt des Berichts zu stellen und somit ein globales Problem nicht den nationalen Unterschieden zu opfern.

Ich möchte auch erwähnen, dass erst kürzlich das Internationale Komitee für die Rechte von Sexarbeiterinnen EU-weite soziale Rechte und die Legalisierung gefordert hat.

Zum Kinderhandel noch eine konkrete Aufforderung: Es kommt von Fall zu Fall vor, dass Identitätskarten von Kindern von korrupten Zöllnern zurückbehalten werden. In Belgien sind die Identitätskarten für Kinder nicht nummeriert. Sie werden zurückbehalten und dann für den Kinderhandel verwendet. Ich möchte anregen, hier eine Nummerierung einzuführen.

Wir haben also viel zu tun, um gegen den Menschenhandel aufzutreten, und müssen uns bewusst werden, dass sich die Katastrophen vor unserer Tür abspielen.